

Forschungsinstitut
Urban Management und Governance
Tätigkeitsbericht 2016

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2016 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger/innen in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2016 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 Mitarbeiter/innen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leitung:

- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner
- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer

Affiliierter Professor:

- Univ.-Prof. Dr. Markus A. Höllerer

Faculty:

- Dr. Vitaliano Barberio
- Thomas Hofer, BSc, LL.M.
- Birgit Hollaus, LL.M.
- Dr.ⁱⁿ Julia Kager
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Dr. Stephan Leixnering
- Mag. Stefan Mayr, LL.M.
- Katharina Parapatics, BSc, LL.M.

Darüber hinaus war im Berichtszeitraum folgende/r Wissenschaftler/in der WU Wien, die/der im Themenbereich Urban Management und Governance forscht, über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- Em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt
- Mag.^a Andrea Schikowitz

Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter/innen:

- Hannah Brendgen, BSc
- Kerstin Halbedl, BSc
- Elisabeth Klima, LL.B.
- Simone Kretz, LL.B.
- Theresa Obiegbu, MSc
- Caroline Stöger, BSc

Gastwissenschaftler/innen:

- Dr. Stephan Bohn (Universität Erfurt, D)
- Prof. Adrian Campbell (University of Birmingham, UK)
- Prof. W. E. Douglas Creed (Fulbright Visiting Professor; The University of Rhode Island, Boston/MA, USA)
- Prof.ⁱⁿ Caroline Dufour (York University, Toronto, CAN)
- Prof. Paul du Gay (CBS Copenhagen Business School, DK)
- Suzana Karabaić (Universität Zagreb, CR)

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Mag.^a Ute Springer
- Mag.^a Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2016

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher/innen des Berichtsjahres 2016.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governance-mechanismen

Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischt-wirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtlichen Rahmenbedingen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktischen Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität und der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die Bürger/innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht.

Im Berichtsjahr fokussierte das Teilprojekt „Serendipity of Fragmentation“ auf jene integrativen Mechanismen, die autonome Organisationen und Einheiten innerhalb öffentlicher Organisationslandschaften einbetten und für deren gesamthafte Kohärenz Rechnung tragen.

Dabei stellte sich heraus, dass die vielfach beklagte Fragmentierung solcher Organisationslandschaften ein unerwartet facettenreiches Phänomen darstellt und als ein grundlegendes Prinzip von deren Gesamtordnung verstanden werden kann. Im Berichtsjahr wurden die Forschungsergebnisse in verschiedenen internationalen Foren vorgestellt und deren Publikation vorbereitet.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z.B. die „B-Corp“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwacherwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unternehmensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten und österreichischen Expert/innen die Bedeutsamkeit

der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. Erste Ergebnisse des Projektes wurden auf zwei internationalen Konferenzen vorgestellt.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

Open Government

Open Government ist ein Konzept, das aus wirtschaftlicher wie auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen innovativen Beitrag zur modernen Stadtverwaltung leisten kann. In der Praxis sehen sich Stadtverwaltungen mit neuen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert, wie etwa mit der Suche nach Governance-Mechanismen, welche die Steuerung von offenen Innovationsprozessen erlauben. Daran knüpft die grundlegende Fragestellung des Projektes an: Mittels welcher Governance-Mechanismen lassen sich Netzwerkprozesse steuern, und welche Veränderungen implizieren diese Mechanismen für Managementprak-

tiken und Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung? Aufbauend auf dem Pilotprojekt „Organizing the Open“, das 2014 abgeschlossen wurde, wird diese Fragestellung im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie (Benchmarking) erörtert. Dabei werden Governance-Mechanismen in Open-Government-Prozessen in Stadtverwaltungen von Wien, Zürich, Berlin, Hamburg und München erforscht und systemisch miteinander verglichen. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Governance-Modell für Open Government zusammengefasst.

2016 wurde das Projekt abgeschlossen; zwei internationale Publikationen über die Ergebnisse liegen bereits vor.

PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion

Das Ziel des durch das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ geförderten Projektes PERCEIVE („Perception and Evaluation of Regional and Cohesion Policies“) ist es, zum besseren Verständnis des europäischen Zusammenhaltes im Sinne der „Einheit in Vielfalt“ beizutragen. Dazu wird untersucht, inwiefern verschiedene nationale und gesamteuropäische politische Maßnahmen unterschiedliche Wahrnehmungen der Europäischen Union (EU) schaffen und je nach Region in unterschiedlichem Ausmaß zur Identifikation der Bürger/innen mit der EU beitragen. Dabei verfolgt PERCEIVE einen multi-disziplinären Zugang, der

sozial- und politikwissenschaftliche sowie regionalökonomische Ansätze verbindet.

Im Berichtszeitraum wurde das Projekt erfolgreich gestartet und ein umfassender Literature Review zur Europäischen Integration sowie zur Europäischen Integration aus einem sozialkonstruktivistischem Blickwinkel erstellt. Weiters wurde das Burgendland als Case-Study-Region ausgewählt und mit der Erarbeitung der Fallstudie begonnen.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der „Sharing Economy“ – vom „Car Sharing“ über die temporäre Vermietung von Wohnungen an Tourist/inn/en bis zum „Community Gardening“ – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing-Economy-Modelle in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (z.B. Hotel- oder Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Insbesondere größere Kommunen müssen dabei Maßnahmen ergreifen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind,

z.B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze zur Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem deutschen Forschungsverbund „i-share“ weiter intensiviert und Vorarbeiten für eine vergleichende Untersuchung in Deutschland und Österreich geleistet. Das Forschungsinstitut kooperiert hier mit der Stadt Wien (MA 23) sowie mit den WU-Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance.

Collaborative Governance in der Flüchtlingskrise

Die gegenwärtige Debatte, welche Organisationsparadigmen heute im öffentlichen Sektor bestimmend sind, ist durch eine Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen gekennzeichnet. Das gilt für normative Vorstellungen von „Good Governance“ gleichermaßen wie für analytische Konzepte in der Wissenschaft. Neue Probleme wie etwa die aktuelle Flüchtlingskrise zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen von „Collaborative Governance“ erproben müssen, um den neuen Situationen gerecht zu werden. Der andauernde Flüchtlingsstrom etwa stellt nicht nur eine menschliche und politische, sondern auch eine einzigartige

organisatorische Herausforderung dar: Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit.

Das Teilprojekt „Strukturen und Ströme: Schnittstellenmanagement und kollektives Handeln in der Flüchtlingskrise“ hat im Berichtsjahr die Organisation der Betreuung von Menschen auf der Flucht im Krisenherbst 2015 in Wien untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden bereits diffundiert; zwei Publikationen dazu sind in Vorbereitung.

Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute vielfach eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müssen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisationen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt da-

mit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund/inn/en – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund/inn/en-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Die Frage der Wirksamkeit von Prüfungen durch RKB wurde im Berichtsjahr im Rahmen des vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität geförderten Projektes durch eine Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen untersucht. Die Ergebnisse werden 2017 vorliegen.

Ländervergleichende EU-Projekte

Im Rahmen seiner Einbindung in Europäische Forschungsnetzwerke nahm das Forschungsinstitut im Berichtsjahr an unterschiedlichen komparativen Untersuchungen teil:

COCOPS („Coordinating for Cohesion in the Public Sector of the Future“): Public Sector Executive Identities. Im Rahmen von COCOPS wurde die bislang größte vergleichende Führungskräftebefragung im öffentlichen Sektor durchgeführt. Die Teilergebnisse für Österreich wurden im Berichtszeitraum im Rahmen eines komparativen Buchprojektes veröffentlicht. Das Team des Forschungsinstitutes untersuchte zudem, wie sich Verwaltungsreform-

maßnahmen auf die Rollenidentitäten von Führungskräften im öffentlichen Sektor auswirken. Auch dieses Projekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, die Publikation der Ergebnisse ist für das Folgejahr geplant.

COST („European Cooperation in Science and Technology“): Joined-up Government on the Local Level. Gemeinsam mit Partner/innen aus Deutschland, Irland, Italien, Norwegen, UK und Ungarn und bearbeitete das Forschungsinstitut die Frage, in welchen Variationen und mit welchen Effekten Reformmaßnahmen, die auf eine Rezentralisierung des öffentlichen Sektors abzielen, in den unterschiedlichen Ländern umgesetzt wurden. Im Berichtsjahr erfolgte eine vergleichende Untersuchung in Österreich, Deutschland, Italien, Norwegen und Ungarn begonnen, deren Ergebnisse im Rahmen eines Herausgeber/innen-Bandes 2017 publiziert werden.

Forschungsfeld: Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

SPRINKLE: Smart-City-Governance-Prozesse in kleineren und mittleren Städten

In Europa ist die Smart-City-Entwicklung bisher vor allem von Großstädten getrieben. Ziel des im Rahmen des FFG-Programmes „Stadt der Zukunft“ geförderten interdisziplinären Grundlagenprojekts SPRINKLE war eine umfassende Untersuchung der Governance-Strukturen und -Prozesse für eine Smart-City-Entwicklung in kleineren und mittleren Städten (Gesamtlei-

tung Österreichisches Institut für Raumplanung; weitere/r Projektpartner/in: TU Wien, Städtebund). Ausgehend von einer weiten Definition einer Smart City, verstanden als Stadt, die eine umfassende Entwicklung hin zu einer zukunftsfähigen, postfossilen Stadt anstrebt, wurde im vorliegenden Projekt der Fokus auf Veränderungen mit Auswirkungen auf Energieverbrauch, Nutzung erneuerbarer Energie und CO₂-Emissionen sowie damit verbundener Lebensqualität gelegt. In Fallstudien wurden ausgewählte energiebezogene städtische Handlungsfelder aus energiebezogen-planerischer, rechtlich-institutioneller sowie Akteur/in-bezogener und prozessualer Perspektive untersucht. Im Besonderen wurden wesentliche Barrieren und Treiber für energiebezogene städtische Governance-Strukturen und -Prozesse analysiert und Handlungsempfehlungen zur Implementierung von Smart-City-Strategien in kleinen und mittleren Städten zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2016 wurde das Projekt mit Fertigstellung des Endberichts abgeschlossen. Dieser wird 2017 in der Schriftenreihe „Nachhaltig Wirtschaften“ des BMVIT erscheinen. Zudem wurde im Rahmen des Projekts eine Masterarbeit zum Thema „Die Anforderungen des Energieeffizienzrechts in Hinblick auf die Gemeinde“ abgeschlossen.

PRoBateS: Potenziale im Raumordnungs- und Baurecht für energetisch nachhaltige Stadtstrukturen

Um ambitionierte Klimaschutzziele und größtmögliche Ressourcenschonung zu erreichen, stehen Städte vor der großen Herausforderung, innovative Instrumente und Maßnahmen auch im Energie- und Gebäudesektor zu entwickeln. In zahlreichen europäischen Städten werden Raumordnung und Baurecht bereits zur Umsetzung energiepolitischer Ziele und für den Übergang zu energetisch nachhaltigen Stadtstrukturen genutzt. Die Einführung und Umsetzung von neuen Instrumenten und die Übertragbarkeit von Good Practices setzen voraus, dass der spezifische rechtlich-institutionelle Kontext hinreichend analysiert und beachtet wird. Das Potenzial energieorientierter Lösungsansätze wird aber wesentlich auch durch urbane Raumstrukturen bestimmt. Hier setzt das vom Bund (BMVIT) geförderte FFG-Grundlagenforschungsprojekt an (Projektpartner: AIT). Es verknüpft eine fundierte rechtsdogmatische Untersuchung der Potenziale und Hemmnisse im Raumordnungs- und Baurecht mit einer technisch-planerischen Betrachtung. Das Potenzial rechtlicher Maßnahmen wird auf gesamtstädtischer Ebene am Beispiel der Stadt Wien und auf Quartiersebene in Testgebieten raumstrukturell und quantitativ erfasst. Das Projekt zeigt Gestaltungsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung des rechtlichen Instrumentariums sowie zur Umsetzung von Good Practices in Österreich und am Beispiel der Stadt Wien auf und erarbeitet konkrete

Handlungsempfehlungen.

Im Berichtsjahr 2016 wurden die Arbeiten am Projekt PRoBateS abgeschlossen. Im Februar 2016 wurden die Forschungsergebnisse im Rahmen der Städteplattform Smart Cities/ Smart Regions präsentiert, welche vom Österreichischen Städtebund in Kooperation mit dem Klima- und Energiefonds und der Stadt Wien organisiert wurde. Darüber hinausgehend wurden die Projekterkenntnisse auf zwei internationalen Konferenzen präsentiert (PLPR Conference und World Planning Schools Congress). Der Projektbericht ist 2016 in der Schriftenreihe „Nachhaltig Wirtschaften“ des BMVIT erschienen.

Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO₂-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Beispiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von Raumplanung und Energieplanung und die Um-

setzung von integrierten Energieversorgungs-lösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut werden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet. Die Projektergebnisse sollen als fachliche Grundlage für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raum-Planung“ dienen.

Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojektes wurde im Berichtsjahr die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung weitergeführt.

INFINITE: Innovative Finanzierungsmodelle für nachhaltige urbane Energiesysteme

Im Oktober 2016 startete die Arbeit an diesem neuen, von der FFG im Rahmen der dritten Ausschreibung des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderten Projekts (Kategorie experimentelle Entwicklung).

Ein wesentlicher Baustein für nachhaltige Stadtteile bzw. Stadtentwicklungsgebiete sind nachhaltige urbane Energiesysteme. Diese produzieren erneuerbare Energie in einer lokalen Versorgungseinheit vor Ort. Die dabei gewonnene Energie wird gebäudeübergreifend geliefert. Allerdings sind Projekte im großen Maßstab aufgrund der hohen Komplexität und fehlender Finanzierungslösungen bislang schwer umzusetzen. Das Projekt INFINITE beschäftigt sich mit der Wärmeversorgung von Neubauquartieren mit einem hohen Anteil von erneuerbaren Energien, welche vor Ort produziert

und übergreifend geliefert werden. Nachhaltige („dekarbonisierte“) Energieversorgungslösungen für ganze Stadtentwicklungsgebiete scheitern oftmals an den hohen Investitionskosten mit langen Planungshorizonten für erneuerbare Energiesysteme. Projekte im großen Maßstab sind zudem aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteurinnen und Akteure äußerst komplex. INFINITE analysiert Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien für die Gründung von Projektgesellschaften als eine Form der Finanzierung für urbane Wärmeversorgungslösungen auf Basis erneuerbarer Energien. Im Rahmen des Projekts sollen Projektgesellschaften auch anderen Finanzierungslösungen gegenübergestellt werden. Untersucht wird, in welchen Fällen und aus welcher Motivation heraus Projektgesellschaften einer anderen Finanzierungslösung vorgezogen wurden, welche Grenzen diese haben, welcher organisatorischen und rechtlichen Grundlagen die Errichtung einer solchen Gesellschaft bedarf, ob es eines begleitenden Stakeholderprozesses bedarf und welche Faktoren die Gründung einer Projektgesellschaft begünstigen bzw. hemmen.

Städtebauvorhaben und Umweltprüfung

Das Projekt, setzt sich mit Städtebauvorhaben im Spannungsfeld zwischen verschiedenen Umweltschutzanforderungen und Zielen der Stadtplanung auseinander. Das Thema ist für Wien, als eine wachsende Stadt, von besonderer praktischer Relevanz. Aufbauend auf einer vertieften rechtsdogmatischen Analyse der

unionsrechtlichen Vorgaben sowie der einschlägigen nationalen Umsetzung in Hinblick auf allgemeine und strategische Umweltprüfungen (UVP-RL und SUP-RL) wurden im Berichtsjahr im Rahmen eines Dissertationsprojektes die unionsrechtlichen Vorgaben sowie die Umsetzung durch den österreichischen Gesetzgeber und daraus resultierenden Schwierigkeiten in der Vollzugspraxis in Österreich identifiziert. Zudem wurde ein Rechtsvergleich mit der Umsetzung in Deutschland vorgenommen. Die rechtsdogmatische Analyse sowie die Untersuchung der Vollzugspraxis wurden im Dissertationsprojekt durch die Erarbeitung rechtspolitischer Handlungsvorschläge zur Weiterentwicklung der österreichischen Städtebau-UVP ergänzt, die sowohl den städtebaulichen Zielen qualitätsvoller Stadtplanung Rechnung tragen als auch zur hohen Umwelt- und Lebensqualität der Stadt beitragen.

Das Projekt wurde 2016 abgeschlossen.

E-PROFIL: Quartiersprofile für optimierte energetische Transformationsprozesse

Das von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderte Projekt soll einen Orientierungsrahmen für die Steuerung von energiebezogenen Transformationsprozessen in Stadtteilen (im Sinne eines Übergangs zu erneuerbaren bzw. effizienteren Energieversorgungs- und Energiemanagementsystemen) entwickeln. Das Projekt zielt auf eine Verknüpfung von sozioökonomischen und rechtlichen

Rahmenbedingungen, um daraus Transformationspfade hin zu energie- und ressourceneffizienten Stadtquartieren abzuleiten. Am Beispiel von zwei bestehenden Quartieren in der Stadt Linz werden planerische Ansätze für quartiersspezifische Transformationsprozesse demonstriert sowie ein Umsetzungspfad im Sinne einer Roadmap erarbeitet. Das Team am Forschungsinstitut für Urban Management und Governance untersucht Grundlagen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von rechtlichen Instrumenten für eine energie- und ressourceneffiziente Stadtentwicklung in bestehenden Stadtquartieren. Der Schwerpunkt der Analyse liegt, den Zielsetzungen des Projekts entsprechend, auf Ansätzen und Instrumenten zur Weiterentwicklung von bestehenden Stadtquartieren. Untersucht wird dazu eine Reihe von Rechtsmaterien in ihrem Zusammenspiel: Neben dem Bau- und Raumordnungsrecht stehen insbesondere auch das Energierecht, das Förderwesen und Querbezüge zum Wohn- und Mietrecht im Fokus. Internationale Beispiele werden auf ihre Übertragbarkeit in den österreichischen Kontext hin untersucht und auch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums analysiert.

Im Berichtsjahr wurde die Arbeit an dem Projekt fortgesetzt. So wurde eine Masterarbeit zum Thema „Klimaschutz und Gebäudebestand: Rechtliche Instrumente zur Verfolgung von energiebezogenen Zielsetzungen“ verfasst. Weiters erfolgte die Teilnahme an zwei Fachexkursionen nach Hamburg bzw. Kopenhagen. Erste Projektergebnisse wurden zudem auf

dem internationalen World Planning Schools Congress präsentiert.

Stadt 2050: Nachhaltig und gerecht?

Nachhaltigkeit im breiten Sinne gehört gewöhnlich zu den häufigsten Schlagworten in der strategischen Stadtplanung: Technologische Modernisierung in Form von Investitionen in den IKT-Bereich soll mit sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit sowie politischer Mitbestimmung gekoppelt werden. Dabei wird häufig implizit davon ausgegangen, dass diese verschiedenen Formen der Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen oder zumindest miteinander kompatibel sind. Das Ziel des Forschungsvorhabens ist, moderne Stadtplanung auf ihr Potenzial für Nachhaltigkeit im weiten Sinn – also für eine Stadtentwicklung, bei der soziale und politische Komponenten ebenso tragend sind wie technologische Erneuerung – zu untersuchen.

Im Berichtsjahr 2016 fokussierte eine sozialtheoretische Vorstudie auf die diesbezüglichen Zielsetzungen, welche die Stadt Wien in ihren Nachhaltigkeitsstrategien verfolgt. Erste Ergebnisse wurden auf der European Urban Research Conference diskutiert. In Kooperation mit dem WU-Institut für Gesellschaftliche Transformation und Soziale Nachhaltigkeit wurde ein weiterführender FWF-Projektantrag vorbereitet: Das geplante Grundlagenforschungsprojekt soll Urban Governance- und sozialtheoretische Perspektiven auf Nachhaltigkeiten verbinden.

Forschungsfeld: Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Rechtliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringer/innen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführ-

ten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl an neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes. 2016 wurden die Arbeiten am Projekt fortgesetzt und vorläufige Ergebnisse im Rahmen mehrerer Vorträge im In- und Ausland präsentiert. Zudem entstanden mehrere Publikationen zu den Auswirkungen solcher umfassender Abkommen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in facheinschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Barberio, Vitaliano, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Jancsary, Dennis. 2016. Structuring dynamics of novel forms of organizing: The case of Apache open source production. 12th Workshop on New Institutionalism in Organization Theory, Luzern, Schweiz, 31.03.-01.04.

Bartenberger, Martin, Szescilo, Dawid. 2016. The benefits and risks of experimental co-production: The case of urban redesign in Vienna. *Public Administration* 94 (2), 509-525.

Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Hrsg. 2017. "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal

management. Wien: Facultas.

Brandtner, Christof, Höllerer, Markus, Meyer, Renate, Kornberger, Martin. 2017. Enacting governance through strategy: A comparative study of governance configurations in Sydney and Vienna. *Urban Studies* 54 (5), 1075-1091.

Hollaus, Birgit. 2016. Globaler Klimaschutz in der Krise: Das Pariser Übereinkommen als Ausweg aus der „Krise“? 7. ÖAT, Wien, Österreich, 22.09.-24.09.

Jancsary, Dennis, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Barberio, Vitaliano. 2016. Recursive categorization and enactment of role identities in pluralistic institutional contexts. SCANCOR Brown Bag Series at Harvard University, Cambridge, MA, Vereinigte Staaten/USA, 17.10.

Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2016. Collaborative Governance in der „Flüchtlingskrise“: Wien im Herbst 2015. Fachtagung und wissenschaftliches Vernetzungstreffen der Diversity-Forschenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Leibniz Universität Hannover, Deutschland, 09.09.-10.09.

Kornberger, Martin, Meyer, Renate, Brandtner, Christof, Höllerer, Markus. 2017. When bureaucracy meets the crowd: Studying “open government” in the Vienna city administration. *Organization Studies* 38 (2), 179-200.

Kornberger, Martin. 2016. Stepping on the toes of giants, or how to review the future of strategy research. In: *A Research Agenda for Management and Organization Studies* Hrsg. Kornberger, Martin, Cheltenham and Northampton, MA: Edward Elgar, 38-47.

Kornberger, Martin. Erscheinend. The values of strategy: valuation practices, rivalry and strategic agency. *Organization Studies* xx (xx): 1-21.

Kornberger, Martin. Erscheinend. The visible hand and the crowd: Analyzing organization

design in distributed innovation systems. *Strategic Organization*.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2016. Eine Frage der Werte: Politisierung und Vergütung bei öffentlichen Unternehmen. Jean Monnet Network Seminar: Services of General Interest in the EU. Integrierte Gesamtsteuerung der kommunalen Aufgaben-erfüllung durch die öffentliche Hand, Zeppelin Universität Friedrichshafen, Deutschland, 21.11.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. 2016. The sound of Vienna: Orchestrating public organizational landscapes. Research Seminar of the School of Public Affairs and Administration, Rutgers University, Newark, NJ, Vereinigte Staaten/USA, 30.11.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. Erscheinend. Austria: “Joined-up” Government on the municipal level as coordination problem. Steering of decentralised units and cross-cutting policy issues. In: “Joined-up” local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2016. Rediscovering an organizational form: Public interest-orientation as corner stone of the modern corporation. EGOS, Neapel, Italien, 07.07.-09.07.

Leixnering, Stephan, Papenfuß, Ulf. 2016. Potenziale und Problemfelder eines Public-Corporate-Governance-Kodex: Ein freundschaftliches und konstruktives Streitgespräch. Jean Monnet Network Seminar: Services of General Interest in the EU. Public Corporate Governance, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Deutschland, 04.04.

Leixnering, Stephan, Papenfuß, Ulf. 2016. Public Corporate Governance: Ein analytisches Rahmenkonzept für Steuerung im öffentlichen

Sektor. zfo - Zeitschrift Führung + Organisation 85 (4), 224-228.

Leixnering, Stephan, Schikowitz, Andrea, Meyer, Renate. 2016. Austria: Nothing is different, but everything's changed. In: Public administration reforms in Europe: The view from the top, Hrsg. Hammerschmid, Gerhard, Van de Walle, Steven, Andrews, Rhys, Bezes, Philippe. Cheltenham and Northampton, MA: Edward Elgar Publishing, 41-51.

Leixnering, Stephan. 2016. The Austrian Way: A brief conversation on Public Governance, WU Wien und University of Birmingham, Wien, 08.04.

Madner, Verena. 2016. TTIP, CETA & Co: EU-Handelsabkommen einer neuen Generation und ihre Auswirkungen auf öffentliche Dienstleistungen. *juridikum* (2): 221-230.

Madner, Verena. 2016. Transformationsforschung aus der Perspektive von Recht und Governance. 3. Internationale Konferenz Wachstum im Wandel, Wien, Österreich, 22.02.-24.02.

Madner, Verena. CETA, TTIP & Co: Öffentliche Daseinsvorsorge als Handelsware?. Wien, Österreich, 14.04.

Madner, Verena. 2016. CETA und TTIP – Die Freihandelsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Kanada und den USA. Parlamentarische Enquete des Nationalrats, Wien, 14.09.

Madner, Verena, Parapatics, Katharina. 2016. Energieraumplanung in Wien: Aufbereitung rechtlicher Aspekte. Endbericht. Wien:WU, Forschungsinstitut für Urban Management and Governance.

Madner, Verena, Parapatics, Katharina. 2016. Raumordnungsrecht als Instrument der Klima- und Energiepolitik. *Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht*, 130-139.

Madner, Verena, Parapatics, Katharina. 2016. Legal challenges for integrated spatial and energy planning: A study in the European urban context. IV World Planning Schools Congress, Rio de Janeiro, Brasilien, 03.07.-08.07.

Madner, Verena, Parapatics, Katharina, Klima, Elisabeth, Gebetsroither-Geringer, Ernst, Tötzer, Tanja, Köstl, Mario, Neumann, Hans-Martin. 2016. Potenziale im Raumordnungs- und Baurecht für energetisch nachhaltige Stadtstrukturen. PRoBateS. *Berichte aus Energie- und Umweltforschung* 36/2016. Wien:BMVIT, Programm Stadt der Zukunft.

Madner, Verena, Prochazka, Katharina. 2016. Negotiated developer obligations: Navigating between Scylla and Charybdis – the Austrian experience. 10th International Conference on Planning, Law, and Property Rights, Bern, Schweiz, 17.02.-19.02.

Mayr, Stefan. 2016. Same same but different? Öffentliche Dienstleistungen und das neue Investment Court System der EU. *juridikum* (2): 231-240.

Mayr, Stefan. 2016. CETA, TTIP, TiSA, and their Relationship with EU Law. TTIP, CETA, TiSA: New Orientations for EU External Economic Relations. ECSA Annual Conference, Salzburg, Österreich, 17.03.-18.03.

Mayr, Stefan. 2016. Öffentliche Dienstleistungen unter Druck? Die neuen Handelsabkommen der EU. *Chambre des salariés*, Luxemburg, 09.05.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan, Schiffinger, Michael. 2016. When it's hard to succeed with soft means: Women on Austrian supervisory boards. AoM, Anaheim, CA, Vereinigte Staaten/USA, 05.08.-09.08.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan. Erscheinend. *Uncovering the myth of the rational good: Diversity Management and Corporate*

Social Responsibility in Austria. In: CSR and Diversity Management, Hrsg. Hansen, Katrin; Seierstad, Cathrine. Cham: Springer, 93-106.

Meyer, Renate E., Markus A. Höllerer und Stephan Leixnering. Erscheinend. A question of value(s): Political connectedness and executive compensation in public sector organizations. *International Public Management Journal*.

Polzer, Tobias, Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan. Erscheinend. Conclusion: Joined-up Government in the European local government sector. Variations on a theme. In: "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Polzer, Tobias, Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan. Erscheinend. Introduction: Understanding Joined-up Government in the European local government sector . In: "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Polzer, Tobias, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Seiwald, Johann. 2016. Institutional hybridity in public sector reform: Replacement, blending, or layering of administrative paradigms. *Research in the Sociology of Organizations* 48 (B), 69-99.

Schikowitz, Andrea. 2016. "Growing Cities": Enacting city growth through knowledge practices in participatory planning. *Inside planning: Exploring the practices and cities of urban planning*, München, Deutschland, 12.09.-13.09.

Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Höllerer, Markus, Meyer, Renate. 2016. Heterogeneity in public governance: Why and how cities respond differently to the challenges of the sharing economy. *i-share Research Workshop*, Augsburg, Deutschland, 04.10.

2.3 Lehre und Veranstaltungen

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Public und Nonprofit-Management“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives im Management-Master und im Master Sozioökonomie integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten. Zudem wurden auch MBA-Masterarbeiten im „Public Auditing“ sowie im „Health Care Management“-Programm der WU Executive Academy von Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts betreut.

Im Berichtsjahr 2016 wurde in einzelnen Lehrveranstaltungen wiederum ein besonderer Schwerpunkt auf Public Corporate Governance gelegt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance), wurde wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2016 verschiedene Expert/inn/en zum und aus dem öffentlichen Management begrüßt werden, u.a. Mag. Herbert

Böhm (ehem. Vorstand des Arbeitsmarktservice), Dir. Mag. Alexander Götz (Kaufmännischer Geschäftsführer der Theater in der Josefstadt Betriebsges.m.b.H.), Dr. Wolfgang Graf (Geschäftsführer der Graf Moser Management GmbH), SC i.R. Prof. Dr. Manfred Matzka (ehem. Präsidialvorstand des Bundeskanzleramts) und Mag. Andreas Mihalits, MBA (Direktor des Burgenländischen Landesrechnungshofs).

2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2016 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen der Dienststellenleiter/innen- und der Aufsichtsrät/inn/e/n-Lehrgänge zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler/innen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Verwaltungsakademie, dem Rechnungshof sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig und wirkten am Managementlehrgang für Dienststellenleiter/innen der Stadt Wien mit.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenschafts-

transfer in die Verwaltungspraxis auch auf Bundesebene sowie im internationalen Austausch bei. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner referierte im Rahmen der Städtebund-Städteplattform Smart Cities/Smart Regions. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer stellte Projektergebnisse des Forschungsinstituts zu „Collaborative City Governance“ im Rahmen des im Wiener Rathaus stattfindenden Treffens europäischer Magistratsdirektor/inn/en vor. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllerer leitete eine wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Wirksamkeit von RBK-Prüfungen, die im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens des Stadtrechnungshofes Wien durchgeführt und vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, Expert/inn/en-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So war etwa Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner im Expert/inn/en-Beirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“ und im Nachhaltigkeitsbeirat der Wiener Stadtwerke AG tätig; weiters wirkte sie als Expertin an der Parlamentarische Enquete des Nationalrats zu Freihandelsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Kanada und den USA mit. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes, im Kuratorium des KDZ, sowie im Kuratorium des Jubiläums-

fonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität; weiters Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl- und Anne-liese Goerdeler Stiftung sowie (gemeinsam mit Dr. Stephan Leixnering) im wissenschaftlichen Beirat des außeruniversitären Forschungsinstituts für Public Social Responsibility. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllerer war gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner/innen (u.a. der Stadt Wien und dem Bundeskanzleramt) Gastgeber der internationalen Tagung „Innovate 2016“, die sich dem Thema Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor widmet.

Im Berichtsjahr startete das Projekt „PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion“, das im Rahmen des hochkompetitiven EU-Programmes „Horizon 2020“ gefördert wird. Das ist eine Kooperation zwischen zwei italienischen, einer schwedischen, rumänischen, polnischen und spanischen sowie einer Universität aus UK. Geplanter Beginn ist das zweite Halbjahr 2016. Ein weiteres (gemeinsam mit der MA 23 der Stadt Wien) neu aufgenommenes Projekt untersucht die Formen der Sharing Economy in Wien.

Auch im Berichtsjahr fand internationaler Austausch auf unterschiedlichen Ebenen statt: Das Forschungsinstitut ist Partner der europäischen COST-Action „Local Public Sector Reforms: An International Comparison“ (Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer), einem europäischen Forschungsnetzwerk mit über 100 Wissenschaftler/innen aus derzeit 27 Ländern. Das konkrete Ziel ist die vergleichende Analyse lo-

kaler Reformmaßnahmen in ausgewählten Bereichen. Dieser (bisher einzigartige) systematische Vergleich soll in weiterer Folge auch Rückschlüsse für eine zukünftige Modernisierung des öffentlichen Sektors erlauben. Weiters ist Dr. Stephan Leixnering regelmäßig als Referent bei Seminaren des Jean-Monnet-Programms der Europäischen Union an verschiedenen Universitäten tätig.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer war im Berichtsjahr erneut Gastprofessorin am DFG-Graduiertenkolleg „Wicked Problems, Contested Administrations: Knowledge, Coordination, Strategy“ der Universität Potsdam.

Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber/innen internationalen Austauschs zur internationalen Vernetzung bei. 2016 war Prof. W.E. Douglas Creed (The University of Rhode Island, Boston/MA, USA), Fulbright Visiting Professor am Forschungsinstitut. Weiters waren Dr. Stephan Bohn (Universität Erfurt, Deutschland), Prof. Adrian Campbell (University of Birmingham, UK), Prof. Paul du Gay (CBS Copenhagen Business School, DK), Prof.ⁱⁿ Caroline Dufour (York University, Toronto, Kanada) und Suzana Karabaić (Universität Zagreb, Kroatien) als Gastwissenschaftler/innen am Forschungsinstitut tätig.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management und Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban